

Antrag

der Abgeordneten Dr. Bärbel Kofler, Sören Bartol, Dirk Becker, Marco Bülow, Gerd Bollmann, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Oliver Kaczmarek, Johannes Kahrs, Ulrich Kelber, Ute Kumpf, Dr. Matthias Miersch, Thomas Oppermann, Carsten Schneider (Erfurt), Frank Schwabe, Ute Vogt, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Marktanreizprogramm und nationale Klimaschutzinitiative fortsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien zur Wärmegewinnung und die nationale Klimaschutzinitiative sind überaus erfolgreich. Der Bund vergibt unter erheblicher Hebelwirkung für Investitionen Darlehen und Zuschüsse für Solarkollektoren, Biomasseheizkessel und Wärmepumpen. Mit der nationalen Klimaschutzinitiative werden z. B. Klimaschutzprojekte der Kommunen sowie sozialer und kultureller Einrichtungen gefördert oder die Installation von Mini-Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen unterstützt. Allein 2009 wurden insgesamt ca. 253 000 Investitionszuschüsse vergeben, das Zuschussvolumen belief sich auf etwa 374 Mio. Euro. Durch die bewilligten und ausgereichten Darlehen wurden insgesamt etwa 3 Mrd. Euro an Investitionen ausgelöst. Mit jedem geförderten Euro werden somit zusätzlich mindestens 6 Euro investiert.

Neben der Bedeutung für den Klimaschutz schaffen und erhalten beide Programme auch Arbeitsplätze weit über das Handwerk hinaus. Und schließlich geht es darum, die internationale Vorreiterrolle Deutschlands im Bereich der erneuerbaren Energietechnik zu sichern und auszubauen.

Die schwarz-gelbe Koalition hat im Rahmen der parlamentarischen Beratungen des Bundeshaushalts 2010 beim Ausgabetitel des Marktanreizprogramms eine qualifizierte Sperre i. H. v. 115 Mio. Euro ausgebracht. Ein Gutachten von Wirtschaftsforschern des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. kommt zu dem Schluss, dass Bund, Ländern und Kommunen in diesem Jahr 151 Mio. Euro an Steuereinnahmen entgehen würden, wenn nur jeder zweite Auftrag storniert würde. Hinzu kämen Sozialversicherungsbeiträge und Arbeitsmarktentlastungen von knapp 70 Mio. Euro. Nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen ist also dringendes Handeln erforderlich, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, die investieren, aber auch der mittelständischen Unternehmen nicht zu gefährden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- umgehend die Aufhebung der qualifizierten Sperre i. H. v. 115 Mio. Euro beim Ausgabetitel des Marktanzreizprogramms (Kapitel 16 02 Titel 686 24) in die Wege zu leiten und
- das Marktanzreizprogramm und die nationale Klimaschutzinitiative entsprechend fortzusetzen.

Berlin, den 15. Juni 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion